

Auf die Vielzahl von Projekten habe ich bereits hingewiesen. Es steht in keinem Programm - ich habe jedenfalls keines gefunden -, dass Beamte ausgeschlossen seien. Das hängt vom Dienstherrn ab. Wer nähere Informationen haben will, kann sich gern an mich wenden. Es gibt Internetseiten, „bis der Arzt kommt“; auch dort findet man Programme. Wie gesagt, die Personengruppe der Beamten ist nicht ausgeschlossen; sie dürfen genauso fahren. Wenn das mit dem Personalrat - oder wer immer zuständig ist - besprochen wird, dann ist das möglich.

Ich halte Ihren Antrag für mehr als überflüssig, Herr Lipsdorf. Aber wir können das gern bei einer Flasche Rotwein klären; dann wird es sicherlich verständlicher.

(Heiterkeit und Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hackenschmidt. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Die Abgeordnete Richstein hat das Wort.

Frau Richstein (CDU): *

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, Sie machen es einem wirklich schwer, hier eine gut vorbereitete, strukturierte Rede vorzutragen; denn man muss ja erst einmal wieder Klarheit hineinbringen.

(Lachen bei der SPD - Frau Hackenschmidt [SPD]: Ich bin ja froh, dass es nicht nur mir so geht!)

Ich hatte gemeint, Sie seien nur ein bisschen verwirrt durch den Redebeitrag, aber jetzt hat sich bei mir der Eindruck verfestigt, dass Sie leider den Antrag nicht verstanden haben.

(Lachen bei der SPD)

Ich bin der FDP außerordentlich dankbar, dass sie diesen Antrag gestellt hat, weil es hier um die Umsetzung von Dingen, die in vielen Sonntagsreden einfach nur besprochen wurden, geht. Eigentlich soll der Verfassungsgrundsatz der Zusammenarbeit insbesondere mit den polnischen Nachbarn einmal mit Leben erfüllt werden. Der Anlass - das steht ja auch im Text - ist die Vereinbarung auf höchster Ebene, Beamte auszutauschen. Frau Hackenschmidt, das heißt nicht, dass Sie nicht in das andere Land fahren dürften. Das dürfen Sie natürlich, wir haben in der EU Mobilität, Sie dürfen an irgendwelchen Programmen teilnehmen. Aber es geht darum, dass Sie wirklich in der Verwaltung des jeweils anderen Landes eingesetzt werden, um dort einmal neue und andere Aspekte mit hineinzubringen.

Ganz zu Anfang, bevor Polen Mitglied der Europäischen Union wurde, ging einmal eine Brandenburger Beamtin nach Zielona Góra, ich glaube, für zwei Jahre, und zwar mit der Intention, die Arbeit innerhalb der Europäischen Union den polnischen Freunden näherzubringen. Das hat jetzt eine andere Dimension. Aber man braucht schon Grundlagen, damit ein solcher Austausch stattfindet und es nicht temporär bei irgendwelchen Freundschaftsbesuchen stehen bleibt. Der Anlass war der Austausch auf höchster Bundesebene, was auch erfolgt. Aber letztendlich darf es nicht dabei bleiben.

Es ist in der Tat so, dass der Ausschuss der Regionen auf seiner letzten Plenartagung eine Stellungnahme zur europäischen und

nationalen Mobilität von Beamten und Bediensteten von Gebietskörperschaften in der Europäischen Union abgegeben hat. Auch ich möchte daraus zitieren. Sie ist lang genug, sodass wir nicht die gleiche Stelle gefunden haben, Herr Lipsdorf. Unter Ziffer 7 heißt es:

„Der Ausschuss der Regionen weist darauf hin, dass die Gebietskörperschaften gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in der Mehrzahl der Mitgliedsstaaten direkt für die Planung und Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen zuständig sind und zudem sicherstellen müssen, dass die Behörden so effizient wie möglich arbeiten. Sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene ist ein reicher Wissens- und Erfahrungsschatz vorhanden. Auf genau dieser Ebene ermöglicht der Austausch bewährter Praktiken die größtmögliche Anzahl innovativer Ansätze.“

Daran möchte ich anschließen, denn das ist es: Wir brauchen innovative Ansätze in der Zusammenarbeit mit Polen. Wir möchten eine funktionierende Verwaltungsbehörde im Rahmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit, wir möchten eine fruchtbringende Oderpartnerschaft. Wir möchten generell ein gutes, ein engeres Miteinander mit unseren polnischen Nachbarn. Deswegen lassen Sie uns doch diese Möglichkeit nutzen, ein besseres Verständnis für die gegenseitige Politik und vor allen Dingen - und das macht es uns manchmal schwer - für die politischen Entscheidungsprozesse zu erlangen. Auch hierzu äußert sich der Ausschuss der Regionen, in dem er sagt:

„Der Ausschuss der Regionen fordert die EU-Staaten, die noch keine Rechtsvorschriften für die Erleichterung der europäischen und internationalen Mobilität ihrer eigenen ständigen und zeitweiligen kommunalen und regionalen Bediensteten erlassen haben, auf, dies ... zu tun ... Solche Rechtsvorschriften sind sinnvoll, um die Rechte und Pflichten der entsandten Bediensteten zu definieren.“

Diese Stellungnahme ist einstimmig im Oktober verabschiedet worden. Ich gehe davon aus, dass Minister Christoffers, wenn er an der Sitzung des Ausschusses der Regionen teilgenommen hat, dieser Stellungnahme zugestimmt hat. Deswegen wäre es schön, wenn die eigene Stellungnahme dann auch im Land umgesetzt würde.

Wäre es vorher mit einem geordneten Verfahren zugegangen, hätte ich meine Rede eher unter ein Zitat von Nietzsche gestellt: „Die Glücklichen sind die Neugierigen.“ Lassen Sie uns neugierig sein auf die Beamten und die Bediensteten Polens, die hier arbeiten können. Deswegen: Machen Sie uns neugierig, machen Sie uns glücklich und stimmen Sie dem Prüfungsantrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP sowie GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Niels.

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Es ist nicht so, dass wir aus der einleitenden Rede von Kollege Jens Lipsdorf auf den Antrag schließen können. Er ist weit darüber hinausgegangen und hat auch allgemein Stel-